



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 15.09.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bekanntgabe einer Eilentscheidung

Vorl.Nr. 368/10

Beratungsverlauf:

Herr EBM **Seigfried** begrüßt Frau Karcheter als neue Fachbereichsleiterin für den Fachbereich Bildung, Familie, Sport – Pädagogik und bedankt sich bei allen Mitarbeitern für ihr zusätzliches Engagement während der Zeit, in der die Stelle der Fachbereichsleitung Pädagogik nicht besetzt war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt EBM **Seigfried** die Zustimmung des Gremiums fest, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 6 Bekanntgabe einer Eilentscheidung vorzuziehen und ruft diesen dann als ersten Tagesordnungspunkt auf.

Anschließend gibt EBM **Seigfried** die Eilentscheidung Vorl.Nr. 368/10 (E-Verf.Nr. 073/10) bekannt:

„Die Bürgerstiftung Ludwigsburg nimmt das Vermächtnis von Mathias Lemli an mit der Auflage, das ererbte Vermögen dem Grundstockvermögen der Bürgerstiftung zuzuführen und dieses damit zu erhöhen, dieses jedoch als eigenen unselbständigen Stiftungsfonds unter dem Namen „Mathias und Magdalena Lemli-Stiftung“ gesondert zu verwalten.“

Die Bekanntgabe erfolgt gem. § 43 Absatz 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

TOP 2

Jahresbericht Stadtbibliothek 2009

Vorl.Nr. 362/10

Beratungsverlauf:

Herr **Stierle** (FB Bildung, Familie, Sport-Stadtbibliothek) erläutert das umfangreiche Angebot der Stadtbibliothek für Kindertagesstätten und Schulen. Als Schwerpunkt nennt er dabei die Leseförderung mit einem Lesepatennetz und die Kooperation mit den Schulen. Derzeit sei eine wissenschaftliche Evaluation der Leseförderung der Stadtbibliothek Ludwigsburg im Vergleich mit der Vorzeigebibliothek Brilon, einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen in Arbeit. Hintergrund der Arbeit sei, den Effekt der Bibliotheken auch für den Bildungsbereich wissenschaftlich zu evaluieren. Ludwigsburg sei bundesweit die einzige Stadt, dies sich diesem Vergleich stelle. Über das Ergebnis werde nach Abschluss der Studie berichtet. Als zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stadtbibliothek nennt er den Bereich Integration. Es bestehe die Überlegung, künftig eine

interkulturelle Bibliothek als Abteilung in der Stadtbibliothek einzurichten. Die Stadtbibliothek verfolge das Ziel, allen Bürgern das komplette Medienspektrum zugänglich zu machen und so eine Brückenfunktion zwischen traditionellen und modernen Medien übernehmen zu können. Ferner entwickle sich die Stadtbibliothek immer mehr auch als Lernort für Schüler und Erwachsene, was aufgrund der räumlichen Situation zu Konflikten führe. Als Ziel und Vision sehe er die Bibliothek als Lernzentrum, was auch internationaler Trend sei. Eine konzeptionelle Erweiterung der Stadtbibliothek sei allerdings nur bei einer Flächenerweiterung möglich. Das Medienangebot der Stadtbibliothek sei als noch ausreichend einzustufen. Aufgrund der Etat Kürzung für Medienbeschaffung von 30% in 2009 rechne man dieses Jahr mit 30.000 Entleihungen weniger. In den Feldern Räumlichkeiten und Präsentation der Medien in der Stadtbibliothek bestehe Handlungsbedarf. Insbesondere bei der Präsentation der Medien erwarteten die Nutzer ein überschaubareres Angebot. Die Stadtbibliothek sprengte jegliche Flächennorm nach unten. 2009 verzeichne man erstmals ein Minus bei den Ausleihungen von etwa 2 %, für 2010 erwarte man einen Rückgang von 6-7 %, was 70-80.000 Entleihungen entspräche.

Stadträtin **Kopf** führt an, sie könne sich vorstellen, dass das Raumangebot der Stadtbibliothek nach Umzug des Stadtmuseums erweitert werden könnte.

Stadtrat **von Stackelberg** hebt die eingerichtete Sportbibliothek und die Angebote im frühkindlichen Bereich als positiv hervor. Allerdings sehe er in der Reduzierung des Medienetats negative Folgen für die Zukunft.

Stadtrat **Kirnbauer** sagt, eine angestrebte Raumerweiterung der Stadtbibliothek werde noch zu Diskussionen führen, insbesondere unter dem Aspekt der Kosten. Eine öffentliche Diskussion über eine Erweiterung der Stadtbibliothek solle aus seiner Sicht hinsichtlich der Problematik der Außenstelle Schlöblesfeld zum jetzigen Zeitpunkt nicht geführt werden.

Stadtrat Dr. **Vierling** merkt an, er hoffe der Medienetat werde bald wieder auf Normalniveau ansteigen. Ferner spreche er sich dafür aus, die freistehenden Räume nach Umzug des Stadtmuseums der Stadtbibliothek zur Verfügung zu stellen und die Zweigstelle Schlöblesfeld zu erhalten.

Stadtrat **Heer** führt an, beide Bibliotheksstandorte Schlöblesfeld und Bildungszentrum West sollten erhalten bleiben. Vergleichsweise seien im Bildungszentrum West etwa gleich viele Entleihungen zu verzeichnen wie in Schlöblesfeld. Er würde eine Unterstützung des Fördervereins der Zweigstelle Schlöblesfeld durch die Verwaltung befürworten. Insbesondere werde der Bedarf in Schlöblesfeld nach seiner Einschätzung durch die Hartenecker Höhe künftig noch zunehmen.

EBM **Seigfried** teilt mit, der Medienetat für die Stadtbibliothek werde im Haushalt 2011 höher sein als 2010. Hinsichtlich der Zweigstelle Schlöblesfeld führt er an, die Stadtbibliothek habe eine strukturelle Einsparung von 30.000,-€ zu erzielen. Nach Festlegung einer Rangordnung von Bereichen, in denen gespart werden könne, sei die Zweigstelle Schlöblesfeld als vorrangig eingestuft worden. Die Prüfung einer endgültigen Schließung der Zweigstelle sei noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich werde der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales noch dieses Jahr darüber entscheiden können.

Auf Nachfrage von Stadträtin Lange erläutert EBM **Seigfried**, die Option, die frei werdenden Räumlichkeiten des Stadtmuseums der Stadtbibliothek zur Verfügung zu stellen, bestehe erst seit dem Beschluss über den Stadtmuseumsumzug. Die Verwaltung befinde sich diesbezüglich in der Vorprüfung. Zielrichtung sei eine Ausweitung der Bibliotheksflächen, um ein Lernzentrum zu erhalten, wobei er den Kostenfaktor als problematisch ansehe. Weitere Beratungen würden zu gegebener Zeit im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales stattfinden.

TOP 3.1 **Bericht über die Arbeit des Vereins**
- mündl. Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Krank** (Vorsitzender des LudwigsTafel e.V.) berichtet über die Arbeit des Vereines LudwigsTafel e.V. Die LudwigsTafel verkaufe 50 Wochen im Jahr zu niedrigsten Preisen an nachweislich Bedürftige Lebensmittel, die sonst vernichtet werden würden. Etwa 80 bis 100 Kunden würden die LudwigsTafel aufsuchen, wobei die Tendenz steigend sei. Problematisch sei, dass es in der Lindenstraße keine Expansionsmöglichkeit gebe. Die LudwigsTafel betreibe insgesamt vier Läden in Ludwigsburg, Eglosheim, Kornwestheim und Grünbühl und beteilige sich an vier Mittagstischen. Wichtig sei auch die Arbeit mit den Menschen. Insgesamt habe die LudwigsTafel 200 ehrenamtlich Tätige, die von ihr geschult und begleitet werden würden. Um ein Bewusstsein und eine Sensibilisierung für die Armut in der Bevölkerung zu schaffen, besuche die LudwigsTafel auch Schulen, unterrichte dort über die Situation und die eigenen Angebote und veranstalte Gruppenführungen. Ferner führe man Aktionen mit verschiedenen Partnern durch, beispielsweise die Schulranzenaktion in Zusammenarbeit mit Schulen oder den Deutschen Tafeltag mit dem Cafe Ennui in Ludwigsburg. Bei der Vesperkirche machte die LudwigsTafel Hygieneschulungen. Ferner seien die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Spendenaktivierung, Pflege des Internetauftrittes, Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und der regelmäßige Informations- und Warenaustausch mit anderen nachbarschaftlichen Tafelläden bemerkenswert. Zu Vorwürfen, die Tafel verfestige die Armut oder baue eine Schattenwirtschaft auf, sehe der Verein LudwigsTafel e.V es als wichtig an, konkret zu helfen und die Politik nicht aus den Augen zu verlieren. Am jetzigen Standort Lindenstraße 25 sei es zu Beschwerden der Bewohner gekommen, woraufhin kürzlich eine Hausordnung erlassen worden sei. Die Leiterin des Tafelladens sei zudem sehr bemüht jegliche Störungen zu verhindern.

TOP 3.2 Verlängerung des Mietkostenzuschusses vom
01.01.2011 bis 31.12.2013

Vorl.Nr. 346/10

Beschluss:

Der Verein „LudwigsTafel e. V.“ erhält für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 einen Mietkostenzuschuss in Höhe von 90 % der Mietkosten (derzeit 802,73 €/Monat). Der Mietkostenzuschuss beträgt 8,669,52 €/Jahr (722,46 €/Monat).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.2 und 3.3 gemeinsam zu beraten. Zu Vorl.Nr. 233/10 merkt er an, die Verwaltung werde den Verein wie bereits in der Vergangenheit bei der Suche eines geeigneten Standortes unterstützen. Die Kriterien wie geeignete Größe und Standort, sowie niedrige Kosten seien im Gesamten nur schwer erfüllbar. Nach seiner Kenntnis sei ein geeignetes Objekt derzeit nicht in Sicht.

Stadtrat **Meyer** bezeichnet die Ludwigstafel als ein wichtiges Element des kommunalen Sozialwesens und lobt die engagierte Öffentlichkeitsarbeit des Vereines. Seine Fraktion unterstütze die Verlängerung des Mietkostenzuschusses. Mit dem Antrag der Vorl.Nr. 233/10 habe die CDU ein Signal setzen wollen, dass man zur LudwigsTafel stehe. Ein künftiger Standort könne sicherlich nur in zentraler Lage mit entsprechender verkehrsmäßigen Erschließung liegen.

Stadtrat Dr. **Bohn** bedauert, dass Tafeln wie die LudwigsTafel notwendig seien. Er erkenne die Notwendigkeit von Tafeln an, sehe sie aber auch als eine Art Ersatzmaßnahme an. Ziel müsse sein, jeden Menschen so zu befähigen, dass er seinen Lebensunterhalt selber bestreiten könne, um Einrichtungen wie die Tafel nicht mehr brauchen zu müssen. Die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen beim Verein LudwigsTafel e.V. bezeichnet er als phänomenal und beweise gleichzeitig, dass Armut mobilisieren könne. Er werde den Vorlagen 346/10 und 233/10 zustimmen.

Stadtrat **Kirnbauer** fordert den Verein auf, seinen Bedarf an Flächen oder Räumlichkeiten öffentlich darzulegen. Nehme die Presse dies auf, könne möglicherweise früher ein geeigneter Standort gefunden werden.

Stadträtin **Steinwand** schließt sich weitgehend den Ausführungen von Stadtrat Dr. Bohn an. Weiter regt sie an, Bedürftige hinsichtlich weiterer Hilfsangebote zu beraten um eine Abhängigkeit von Spenden zu vermeiden.

Stadtrat **Heer** geht kurz auf die Armut in der Bevölkerung ein und bedankt sich für die Arbeit der LudwigsTafel in Ludwigsburg und in der Umgebung. Die Räumlichkeiten in der Lindenstraße seien nach seinem Dafürhalten bei der jetzigen Kundenfrequenz nicht ausreichend. Er fordere die Verwaltung auf, den Verein bei der Suche eines geeigneten Standortes zu unterstützen. Vielleicht könne durch eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bereits eine Verbesserung der Situation erzielt werden.

EBM **Seigfried** sagt die Unterstützung der Verwaltung bei der neuen Standortsuche der Ludwigstafel zu und stellt den Konsens des Gremiums fest, auf eine Abstimmung über die Vorl.Nr. 233/10 zu verzichten.

Stadtrat Dr. **Vierling** regt an, mit der Ausstellung von Lebensmittelgutscheinen, die von den Bedürftigen in ausgewählten Geschäften eingelöst werden könnten, dem Aspekt Tafelläden machten Armut sichtbar, entgegenzuwirken.

EBM **Seigfried** nimmt einen Antrag auf Ende der Debatte aus dem Gremium auf.

Herr **Brühl** (2. Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.) geht auf die Äußerungen von Stadtrat Dr. Vierling ein und merkt an, die Tafelläden seien auch für viele Bedürftige eine Art Begegnungsstätte.

Anschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl.Nr. 346/10 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 3.2.

Beschluss:

Das Stadtteilbüro Eglosheim wird zunächst befristet für die Zeit vom 1.1.2011 bis zum 31.12.2012 mit einer 100%-Personalstelle fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Stadteilausschusses Eglosheim Frau Schrader-Ehmer und Frau Rayer-Pohland.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliche Kooperation) geht auf die Vorl.Nr. 280/10 ein und hebt die Notwendigkeit hervor, das Stadtteilbüro Eglosheim weiterzuführen.

Stadtrat **Kromer** stellt fest, die CDU Fraktion setze sich weiterhin für die Fortführung des Stadtteilbüros Eglosheim ein. Das Stadtteilbüro sei ein unverzichtbarer Knoten für das soziale und gemeinwesenorientierte Netzwerk und wichtig für die weitere Entwicklung des Stadtteiles. Er fragt nach, wie sich die Zusammenarbeit mit der mobilen Jugendarbeit des Landkreises gestalten, für welche Projekte die Mittel des Europäischen Sozialfonds „Stärken vor Ort“ von jährlich 100.000,-€ eingesetzt wurden und inwieweit gewährleistet sei, dass diese sachlich bedarfsorientiert entwickelt würden und nachhaltig wirken könnten.

Stadtrat **Griesmeier** freut sich, dass das Stadtteilbüro auch angesichts der knappen Ressourcen mit einer 100%-Personalstelle weitergeführt werden soll. Er hebt die Notwendigkeit einer erweiterten Kooperation der verschiedenen Akteure vor Ort hervor. Dadurch könne ein Auseinanderdriften verhindert werden und Mittel könnten gezielt für gemeinsame Zwecke eingesetzt werden. Bezugnehmend auf die Anlage zu Vorl.Nr. 280/10 sehe er eine vernetzte Zusammenarbeit der in den Stadtteilen vorhandenen Einrichtungen als wichtigstes Ziel an.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht sich für die beabsichtigte Vorgehensweise der Verwaltung aus, um dann bis Ende 2012 durch eine erweiterte Kooperation zwischen den Akteuren vor Ort das Beratungsangebot aufrecht zu erhalten. Ferner solle ein Ziel für die Zukunft definiert werden, wodurch auch die entsprechenden Einrichtungen Planungssicherheit erhielten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** merkt an, das Stadtteilbüro Eglosheim sei nicht Wegzudenken und der Beratungsbedarf in der Einwohnerschaft nehme zu. Auch die Weiterentwicklung von Eglosheim infolge der Sozialen Stadt sei durch die von Frau Wern und Sperzel betriebene Netzwerkarbeit gewährleistet. Ihre Fraktion unterstütze die Weiterführung des Stadtteilbüros.

Stadtrat **Heer** sieht es als wichtig an, bis Ende 2012 vor einer nächsten Entscheidung über die Weiterführung des Stadtteilbüros eine Konzeption oder Struktur zu erarbeiten, in der die Vernetzung verschiedener Beteiligter auch administrativ aufgezeigt werde.

Stadträtin **Lange** spricht Probleme an, die sie auf den Wegfall der Streetworkarbeit zurückführe.

Herr **Henning** geht daraufhin kurz auf die bisherige Personalentwicklung der mobilen Jugendarbeit in Eglosheim ein. Die Verwaltung, das Stadtteilbüro und die Polizei hätten die Situation seit 2009 verstärkt beobachtet und keine negativen Änderungen festgestellt, die auf die Aufgabe der mobilen Jugendarbeit zurückzuführen seien. Das Projekt „Stärken vor Ort“ sei nicht beim Stadtteilbüro Eglosheim angesiedelt, sondern beim FB Bürgerschaftliche Kooperation. Die Verwaltung werde bis Ende 2010 einen Bericht erstellen, welche Aktionen im Rahmen des Projektes durchgeführt werden konnten. Man achte verstärkt darauf, dass die Mittel zielgerichtet und nachhaltig eingesetzt würden.

EBM **Seigfried** ergänzt, die Verwaltung prüfe, inwieweit auch in Eglosheim Synergien zwischen den Leistungsangeboten der Schulsozialarbeit, der Jugendförderung, Abenteuerspielplätzen und der Gemeinwesenarbeit geschaffen werden könnten.

Stadtrat **Glasbrenner** führt an, eine unbefristete Weiterführung des Stadtteilbüros sei nach Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ nicht vorgesehen gewesen. Er könne sich vorstellen, dass durch die hervorragende Arbeit des Stadtteilbüros das in Eglosheim vorhandene starke Engagement der Vereine und ehrenamtlich Tätigen nachlasse. Deshalb sei die Erarbeitung einer Konzeption und Zielvereinbarung über die weitere Entwicklung in Eglosheim notwendig und solle rechtzeitig vor Ende 2012 diskutiert werden.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass nach der „Sozialen Stadt“ weniger Sozialarbeit in Eglosheim geleistet werde als vorher. Er nehme den Auftrag aus dem Gremium auf, bis Anfang 2012 die angesprochenen Themenfelder wie veränderte Konzeption für die Jugendförderung und der Abenteuerspielplätze, Schulsozialarbeit, Schülerhortverein und Stadtteilbüro in Eglosheim in einer Zusammenschau konzeptionell so zu darzustellen, damit eine Entscheidung für eine langfristige Lösung getroffen werden könne.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 280/10 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Hirschbergschule wird mit einer vollen Stelle für Schulsozialarbeit und einer Praktikantin ausgestattet.
2. Die beiden Förderschulen erhalten eine halbe Stelle für Schulsozialarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** informiert, der Kommunalverband Jugend und Soziales habe eine Erhebung durchgeführt, bei der ermittelt worden sei, wie viele kommunale Mitarbeiter pro 1000 Schüler in der Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Dabei sei die Stadt Heidelberg mit 0,95 Stellen für 1000 Schüler an der Spitze, der Landkreis Ludwigsburg liege bei 0,62 Stellen pro 1000 Schüler und die Stadt Ludwigsburg bei 0,77 Stellen, was in der Rangliste etwa Platz 4 bedeute. Dies zeige, dass die Stadt Ludwigsburg nicht nur bei der Einführung der Schulsozialarbeit Vorreiter gewesen sei, sondern sich auch im Vergleich mit anderen Kommunen gut platziere.

Stadtrat Dr. **Vierling** bittet einem Vertreter der Silcherschule Gelegenheit zu geben, die Situation vor Ort hinsichtlich der Schulsozialarbeit zu schildern.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) geht auf die Folgen der Verlagerung der Osterholzhauptschule an die Hirschbergschule und deren Auswirkungen auf die dortige Schulsozialarbeit ein.

EBM **Seigfried** merkt an, es gebe aus seiner Sicht keine nachvollziehbaren Argumente, die eine unterschiedliche Versorgung mit Schulsozialarbeitern der beiden Förderschulen rechtfertigen könnten.

Herr **Wiest** (Elternbeiratsvorsitzender der Silcherschule) bezeichnet die aktuelle Ausstattung der Silcherschule mit Schulsozialarbeit als gut und notwendig. Bei Abzug einer 50% Personalstelle in der Schulsozialarbeit könnten verschiedene Aktivitäten nicht mehr angeboten werden. Die Silcherschule habe viele Schüler, die in einem sehr problematischen Umfeld aufwachsen würden und für diese die Schule der einzige Ort sei, an dem ein soziales Miteinander erlebt werden könne.

Stadträtin **Kopf** stellt fest, die Schulsozialarbeit sei ein integrativer Bestandteil des Schulalltags und habe eine lange Tradition in Ludwigsburg. Aufgrund verschiedener Umstände wie Umsetzung des Schulentwicklungsplans und Verlagerung von Schulen sei auch eine Neuordnung der Schulsozialarbeit nötig geworden. Sie bitte die Silcherschule kreativ mit der Umverteilung

umzugehen und bedaure die Notwendigkeit dieser Maßnahme.

Stadtrat **Griesmeier** sieht die Notwendigkeit der Erweiterung der Schulsozialarbeit in der Hirschbergschule als dringend notwendig an. Aufgrund der Haushaltslage sei eine Erhöhung der Stellenanzahl in den nächsten 2 bis 3 Jahre, nicht möglich, es solle aber eine Lösung angestrebt werden, bei der nicht nur eine Schule abgeben müsse.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, die Schulsozialarbeit sei aus seiner Sicht eine Bundes- oder Landesaufgabe, es gingen viele Kinder hier zur Schule, die nicht in Ludwigsburg wohnten. Die 100 % Stelle für Schulsozialarbeit in der Silcherschule sei historisch entwickelt, die Haushaltslage erlaube aber nur eine Umverteilung der Ressourcen. Er schlage vor, der Vorl.Nr. 365/10 heute zuzustimmen und in etwa 3 Jahren zu überprüfen, inwieweit beim Bildungszentrum West und in Egosheim bezüglich der Schulsozialarbeit Änderungen nötig seien.

Stadträtin **Steinwand** merkt an, die Schüler der Förderschulen sollten in den anderen Schulen integriert werden, und sie sehe den Umfang der Schulsozialarbeit an den Förderschulen als angemessen an. Sie könne dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtrat **Heer** geht kurz auf die Zusammenarbeit der Förderschulen ein und spricht sich für den Erhalt von Förderschulen aus. Die Förderqualität sei dort anders und höher als an allgemeinbildenden Schulen.

Stadträtin **Lange** beantragt eine getrennte Abstimmung nach Ziffern der Vorl.Nr. 365/10. Ziffer 1 der Vorlage könne sie zustimmen.

Ziffer 2 solle folgendermaßen ersetzt werden:

„Die Eberhardt-Ludwig-Schule erhält eine halbe neue Stelle für Schulsozialarbeit“.

Ziffer 3 solle den Beschlussvorschlag mit dem Wortlaut:

„Die Silcherschule als innerstädtische Förderschule behält ihre 100 % ige Schulsozialarbeiterstelle“ ergänzen

Stadtrat Dr. **Vierling** merkt an, das Gremium habe am 20.01.2010 den Bericht über die Schulsozialarbeit in Ludwigsburg zur Kenntnis genommen, wonach bei der Silcherschule kein übermäßiger Anteil an Schulsozialarbeit erkennbar gewesen sei. Mit dem Auszug der Hauptschule aus dem Bildungszentrum West habe die Stadt ursprünglich geplant die Schulsozialarbeit dort einzustellen, was aufgrund heftiger Proteste nicht realisiert worden sei. Erfreulicherweise gebe es dort nun auch Schulsozialarbeit für Realschule und Gymnasium, was allerdings nicht auf Kosten einer Förderschule gehen könne. Er unterstütze deshalb den Antrag von Stadträtin Lange.

EBM **Seigfried** stellt zuerst Ziffer 1 und dann Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Vorl.Nr. 365/10 zur Abstimmung. Anschließend teilt er mit, eine Abstimmung über den von Stadträtin Lange eingebrachten Antrag, habe sich dadurch erübrigt.

TOP 5.1

Berichts Antrag im Sachzusammenhang zur
Vorl.Nr. 096/10
- Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke vom
17.03.2010

Vorl.Nr. 138/10

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 5.

Der Antrag hat sich durch die Vorl.Nr. 365/10 und den darüber gefassten Beschluss erledigt.

Beschluss:

1. Der Essenspreis für Kinder in den Kindertageseinrichtungen wird auf einer Basis von 20 Essenstagen und einem Essenspreis von 3,00 € pro Tag auf mtl. 60 € festgelegt.
2. die Mehreinnahmen von rund 9.500 € werden zur Refinanzierung der Kosten für die städtischen Ausgabenkräfte in den Tageseinrichtungen verwendet.
3. die Anpassung des Essenspreises erfolgt zum 1. Januar 2011.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Lämmermeier** (FB Bildung, Sport, Familie) geht auf die Vorl.Nr. 357/10 hinsichtlich Beschlussvorschlag, Empfehlung des Städtetages, Vergleichspreise und Essenspreise in anderen Städten ein. Er weist darauf hin, falls das Gremium der Vorl.Nr. 357/10 zustimmen könne, sei dies gleichzeitig als Zustimmung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Benutzungsgebühren von Kindertagesstätten zu werten, da in § 6 dieser Satzung die Essenspreise verankert seien und entsprechend angepasst werden müssten.

EBM **Seigfried** betont, die Erhöhung des Essenspreises in Kindertagesstätten sei nachdrücklich von den freien Trägern mangels Kostendeckung gefordert worden. Die Essensausgabe fordere vermehrt Personal, weil der Aufwand dafür in den Kindertagesstätten deutlich gewachsen sei. Erzieherinnen sollten hierfür nicht herangezogen werden.

Stadtrat Dr. **Schwytz** sagt, seine Fraktion könne der Vorl.Nr. 357/10 zustimmen. Bei dem Punkt das pädagogische Personal solle nicht für die Essensabwicklung eingesetzt werden vertrete er eine andere Auffassung. Im Kindergarten des MTV begreife man es als pädagogische Aufgabe die Kinder bei der Vor- und Nachbereitung der Mahlzeiten einzubeziehen.

Stadtrat Dr. **Bohn** führt aus, einer Preissteigerung von 20 % könne er nicht zustimmen. Ferner ergebe sich bei 41.000 Essen pro Jahr und einer Erhöhung um -,50 € pro Essen ein Mehrbetrag von 20.500,-€ pro Jahr anstatt 9.500,-€, wie in der Vorlage angeführt. Gehe man von einem Mehrbetrag von 9.500,-€ aus, ergebe sich eine Essenspreiserhöhung von 25 Cent, die er als vertretbar ansehe. Ferner könnte aus seiner Sicht die Essensausgabe familienähnlich gestaltet werden und die Kinder bei der Ausgabe mit herangezogen werden.

EBM **Seigfried** dementiert die Möglichkeit die Kinder bei der Ausgabe einzubeziehen mit umfangreichen Hygieneregulungen, deren Einhaltung zwingend vorgeschrieben sei.

Stadträtin **Moersch** sieht die Nachfinanzierung der Essenspreise als vorrangig an und sagt ihre Zustimmung zur Vorl.Nr. 357/10 zu. Gleichzeitig weise sie darauf hin, dass ehrenamtlich Tätige

bei der Essensausgabe weiterhin einbezogen werden sollten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** stellt in Anlehnung an die Vorlage die Frage, inwieweit für die Eltern stetig steigende Kosten tragbar seien. Sie könne sich vorstellen die städtische Kantine vorrangig für die Versorgung von Kindertagesstätten als für Erwachsenenessen einzusetzen. Diese könne die Kinderportionen möglicherweise günstiger anbieten.

EBM **Seigfried** weist verstärkt darauf hin, dass die freien Träger bei einer Nichterhöhung des Essenspreises ihre Mitarbeit aufkündigten, was für ihn nachvollziehbar wäre. Möglicherweise würden die freien Träger dann eine Subventionierung des Fehlbetrages bei der Essensausgabe bei der Stadt beantragen, oder würde der Essenspreis aus den gemeinsamen Vereinbarungen aller Träger ausgenommen, was individuelle und höhere Preisfestsetzungen zur Folge haben werde. Weiter führt er an, in manchen Kindertagesstätten würden bis zu 60 Essen pro Tag ausgegeben, was einem wirtschaftlichen Kantinenbetrieb gleichkomme und nicht im integrativen Sinne zu bewältigen sei.

Stadtrat **Heer** kann einer Erhöhung des Essenspreises zustimmen, sodass der Preis für die Träger auskömmlich sei. Die Stadt subventioniere die Kindertageseinrichtungen bereits, indem sie den Fehlbetrag von Kosten und Gebühren pro Platz übernehme. Außerdem gebe es eine Sozialstaffelung bei der Gebührenfestsetzung, was den Eltern auch finanziell entgegenkomme.

Stadträtin **Lange** stellt Fragen zu den Möglichkeiten der städtischen Kantine die Kindertagesstätten zu beliefern, der Anzahl der Essenslieferer und der Möglichkeit für die Ausgabe zusätzliche Hilfskräfte anzustellen, die von Herrn Lämmermeier und EBM Seigfried erläutert werden.

Herr **Lämmermeier** und EBM **Seigfried** räumen zu den Äußerungen von Stadtrat Dr. Bohn ein, dass die Mehreinnahmen rechnerisch nicht 9.500,-€ betragen würden.

EBM **Seigfried** führt aus, man sei nach Prüfung der tatsächlichen Kosten der Essensausgabe zu dem Ergebnis gekommen, dass 50,-€ pro Monat für den Träger nicht auskömmlich seien. Bei der freien Spitze von 9.500,-€ handle es sich nicht um eine Mehreinnahme als solche, sondern solle dazu dienen zusätzliche Kräfte für die Essensausgabe einstellen zu können.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 357/10 zur Abstimmung.

Anschließend erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 4 Minuten